

Pressemitteilung

Berlin, 07.12.2012

Die Fachberatungsstelle KOBRAnet für Opfer

von Menschenhandel in Sachsen steht kurz vor der Schließung!

Der Bundesweite Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess – KOK e.V. – fordert die Sicherstellung der finanziellen Mittel der Fachberatungsstelle KOBRAnet.

Dem KOK e.V. liegt die Information seitens der Fachberatungsstelle KOBRAnet vor, dass im aktuellen Haushaltsentwurf auf Initiative der CDU/FDP Landtagsfraktionen in Sachsen eine Kürzung der Finanzierung der Fachberatungsstelle um fast 50 Prozent - von 75.000€ auf 40.000€ - vorgenommen wurde. Argumentiert wird hierbei mit der Fallzahl von 17 betreuten Klientinnen im Jahr 2011, die die bisherige Förderhöhe nicht mehr rechtfertigen würde.

Bislang haben nur die Fachausschüsse über den Haushaltsentwurf beraten. Die letzte Entscheidung über den Doppelhaushalt 2013/2014 trifft nächste Woche das Sächsische Parlament. „Wir fordern die CDU/FDP Fraktionen im Sächsischen Landtag auf, die Kürzung vollumfänglich zurückzunehmen. Die Reduzierung der Fördermittel in solch einer Höhe hätte zur Folge, dass wir unsere Fachberatungsstelle schließen müssen und dem Freistaat Sachsen nicht mehr zur Verfügung stehen. Durch guten Willen und Ehrenamt können Betroffene von Menschenhandel nicht adäquat unterstützt werden.“, so Anett Scheibe, Mitarbeiterin der Fachberatungsstelle KOBRAnet.

Über diese Kürzungen wurden im Vorfeld weder die Fachberatungsstelle KOBRAnet noch das zuständige Fachreferat des Sächsischen Ministeriums für Soziales und Verbraucherschutz informiert oder angehört.

Die Arbeit einer spezialisierten Fachberatungsstelle lässt sich nicht alleine an den zu bearbeitenden Fallzahlen bewerten. Gerade bei der komplexen Arbeit zu dem Phänomen des Menschenhandels ist es notwendig, neben der Betreuungsarbeit für die KlientInnen, präventiv in Form von Sensibilisierungs-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit tätig zu sein.

Bereits zu diesem Zeitpunkt ist die Situation der Fachberatungsstellen in den neuen Bundesländern sehr brisant: Dort existiert größtenteils pro Bundesland nur eine Fachberatungsstelle, die zum Teil auch nur mit einer Personalstelle agieren. In Thüringen gibt es seit diesem Jahr keine spezialisierte Fachberatungsstelle mehr. Muss KOBRAnet nun auch noch schließen, gibt es in dieser Region noch weniger Anlaufstellen für die Betroffenen und ihrem Anspruch auf Schutz vor den TäterInnen und auf Unterstützung kann kaum noch entsprochen werden.

Tabea Richter vom Vorstand des KOK e.V. betont, „dass es nicht sein kann, dass einerseits auf europäischer und Bundesebene politischen Maßnahmen gegen Menschenhandel und der Arbeit der spezialisierten Fachberatungsstellen für Betroffene von Menschenhandel eine hohe Priorität eingeräumt wird und andererseits Fachberatungsstellen nicht mehr ausreichend finanziert werden,

welche die Unterstützung, Betreuung und den Schutz der Betroffenen sicherstellen und eine wesentliche Komponente in der Menschenhandelsbekämpfung darstellen.“

Zum Thema der finanziellen Absicherung der Frauenhäuser, Fachberatungsstellen und anderer Unterstützungsangebote für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder findet an diesem Montag, den 10.12.2012 im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Bundestag eine Fachanhörung statt. In diesem Zusammenhang zeigt der Fall von KOBRAnet deutlich, dass politisches Handeln dringend geboten ist.

Dem stimmt auch die Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, Hannelore Buls, zu: „Die Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrates hat im November beschlossen, sich dafür einzusetzen, dass Fachberatungsstellen gegen Menschenhandel in allen Bundesländern als Pflichtaufgaben eingerichtet und in die Regelfinanzierung überführt werden. Die Kürzungspläne des Landes Sachsen, die sich in bedauerlicher Weise einreihen in die weitreichenden Kürzungen dieses Bundeslandes bei allen frauenpolitischen Maßnahmen, stehen dem absolut entgegen. Den Kürzungsbeschluss mit den Fallzahlen aus dem Jahr 2011 zu begründen, ist nicht angemessen. Unabhängig davon dass jede gehandelte Frau Anrecht hat auf eine fachkundige Beratung und Unterstützung, vermag vermutlich auch in Sachsen zu diesem Zeitpunkt niemand zu sagen, ob es bei diesen geringen Fallzahlen bleibt. Und schließlich werden auch keine so weit reichenden Kürzungen z.B. bei der Polizei vorgenommen, wenn in einem Jahr nur wenige Morde verübt werden. Wir fordern die Regierung des Landes Sachsen auf, von den Kürzungsplänen Abstand zu nehmen.“

Die spezialisierte Fachberatungsstelle KOBRAnet in Sachsen braucht dringend Unterstützung. Handeln Sie jetzt und setzen Sie sich für den Fortbestand der Fachberatungsstelle KOBRAnet ein, wenn es nicht bei reinen Absichtserklärungen im Kampf gegen Menschenhandel bleiben soll.

V.i.S.d.P. und Rückfragen an:

KOK – Bundesweiter Koordinierungskreis
gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen
im Migrationsprozess e.V.
Kurfürstenstr. 33
10785 Berlin
Tel.: 030 / 26 39 11 76
Fax: 030 / 26 39 11 86
E-mail : info@kok-buero.de
www.kok-buero.de

**Weitere Informationen zur Situation
von KOBRAnet:**

KOBRAnet - Fachberatungsstelle
für Opfer von Menschenhandel
Telefon: 0049 (3583) 779677
Fax: 0049 (3583) 779675
Mobil: 0049 171 9 25 57 61
E - Mail: a.scheibe@hillerschevilla.de
Web: www.hillerschevilla.de

Ansprechpartnerin: Naile Tanis, Geschäftsführerin
Weitere Informationen
zum Thema: www.kok-buero.de